

Sensibilisieren, unterstützen, vorbeugen: Gewalt darf keine Schule machen

BMI und dbb-Konferenz „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“



v.l.n.r. Neubeck, Beckmann, Moderator Kahle, Nassehi, Weiler

Respektlosigkeit, Pöbeleien, Beleidigungen, aber auch Gewalttätigkeiten gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben zugenommen. Das Bundesministerium des Innern und der dbb beamtenbund und tarifunion veranstalteten aus diesem Grund eine Konferenz zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“. Diese fand am 5. April 2016 in Berlin statt. Auf dem Podium vertreten war auch der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann.

In seiner Begrüßungsrede betonte Bundesinnenminister Thomas de Maizière, dass eine Rückbesinnung auf ethische Grenzen und moralische Tabus notwendig sei. Die Veränderung hin zu weniger Gewaltanwendung müsse bei der Erziehung und Bildung durch die Eltern beginnen, in der Schule weitergeführt werden und hin zu mündigen Bürgern führen. Bei dem anschließenden Podium kam auch die französische Ministerin für den öffentlichen Dienst, Annick Girardin, hinzu. Sie betonte, dass die Laizität das beste Mittel für den sozialen Frieden sei. So könne der Eindruck von Diskriminierung vermindert werden. In der Diskussionsrunde beklagte der dbb-Bundesvorsitzende, Klaus Dauderstädt, dass der Staat zwar „einspringe“, wenn der Aggressor das Schmerzensgeld nicht bezahlen könne, warnte aber wegen der fixierten Untergrenze des Geldbetrages vor einem „Watschn“-Benchmarking.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit dem Soziologieprofessor, Armin Nassehi, dem Leiter der Konzernsicherheit der Deutschen Bahn AG, Prof. Gerd Neubeck, und dem Präsidenten des Europäischen Hochschulinstituts, Prof. Dr. Joseph H.H. Weiler stellte Udo Beckmann klar: „Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft, aber nur Teil des Phänomens. Es ist fatal, wenn die Politik den Eindruck erweckt, dass Schule alle gesellschaftlichen Probleme lösen könne. Schule kann nicht in jeder Hinsicht Reparaturbetrieb der Gesellschaft sein.“

Ausbeutung eine Absage erteilen

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, hielt zum Auftakt der 12. Frauenpolitische Fachtagung der dbb Bundesfrauenvertretung am 12. April 2016 eine flammende Rede. Zu Beginn der Veranstaltung „Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt?“ zeigte sie die beiden Pole der Digitalisierung auf. Die Verheißung des „überall“ stehe dabei der (Selbst-)Ausbeutung durch das „immer“ gegenüber. Es gelte, die Chancen zu nutzen, flexibler, ohne Präsenzplicht und mit mehr Eigenverantwortung arbeiten zu können. Die Grußworte aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überbrachte Christine Morgenstern. Sie unterstrich die Möglichkeiten, die sich gerade für Frauen mit der Digitalisierung bieten. Wenn es gelingt, den geteilten Arbeitsmarkt aufzubrechen, andere Arbeits(zeit)modelle zu etablieren und sich die Rolle von Führungskräften ändere, führe dies zum flexibleren Arbeiten. Die höhere Vereinbarkeit ebnet den Weg gerade für Frauen.

In ihrem Vortrag betonte die Sozialwissenschaftlerin Dr. Kira Marrs, dass die Digitalisierung noch ein offener Prozess mit offenem Ausgang sei. Die Chancen sieht sie vor allem in der digitalen Transformation der technischen Felder, kollaborativem Arbeiten und kooperativer Führung. Auch Marrs warnte aber vor der „Unkultur permanenter Verfügbarkeit“. Prof. Dr. Hurrelmann, seit 2012 verantwortlich für die Shell-Jugendstudie, zeigte auf, was sich die „Generation Y“ der 1980 bis 1999 Geborenen vom Arbeitgeber Öffentlicher Dienst erhofft: Schutz vor Entgrenzung, Sicherheit und gute Bezahlung. Die anschließende Fragerunde zu den Vorträgen wurde geleitet von Jutta Endrusch, stellvertretende Vorsitzende der dbb-Bundesfrauenvertretung und Bundessprecherin der VBE-Bundesfrauenvertretung. An der Veranstaltung nahm auch der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, teil.



Öffentliche Bildung schützen



Unter der Moderation von Susan Hopgood (President EI) diskutierten Susan L. Robertson, University Bristol; Anna Hogan, University Queensland; Antonio Olmedo, University Roehampton; Pierre Habbard, Policy Advisor, OECD, und Anna Byhouskaya, TUAC

VBE-Bundesvorsitzende für Internationales Gitta Franke-Zöllmer und aus dem geschäftsführenden Vorstand Gerhard Brand

„Bildung für alle“ – das ist ein wichtiges Ziel, dem sich jeder verschreiben kann. Verbunden mit der Strategie, die öffentliche Bildung zu erhalten und zu stärken, war dies bei der Konferenz der Mitgliedsgewerkschaften der Education International (EI) am 4. und 5. April 2016 in Rom ein Diskussionsschwerpunkt. Außerdem im Fokus: globale Antworten auf die kommerzielle Einflussnahme auf das öffentliche Bildungssystem.

Die Generalversammlung der UN hat im September 2015 die Agenda 2030 „Wandel unserer Welt“ – nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Ziel ist, eine inklusive und gerechte gute Bildung vorzuhalten und lebenslange Lernmöglichkeiten für alle zu unterstützen. Doch es gibt noch soziale Ungleichheiten im Bildungsbereich, die größer werden durch: 1. die zunehmende Beteiligung von profitorientierten Firmen beim Bildungsangebot, 2. die Förderung privater Interessen in der Bildungspolitik und 3. die Einbindung des politischen Raums, was die öffentliche Kontrolle und die demokratische Steuerungsfähigkeit begrenzt (s. TTIP). Durch die Möglichkeit, soziale, politische und ökonomische Verbindungen auf regionaler, nationaler und übernationaler Ebene zu vernetzen, werden solche Netzwerke zu politischen Playern auch im Bildungsbereich. Eine besondere Rolle spielen dabei auch Stiftungen. Das Versprechen der Anbieter, Rezepte zu benennen und Materialien zu bieten, die die Bildungsqualität und den Output überprüfbar steigern und das zu geringen Investitionen, ist verführerisch. Die Präsentationen der Referenten sind unter <http://download.ei-ie.org/docs/webdepot/rome.zip> abzurufen.

Respekt, Relevanz und Ressourcen im inklusiven Bildungssystem

„Bei Inklusion darf es nur Gewinner geben“, betonte Rolf Busch, 1. stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender des thüringer Lehrerverbandes tlV, am Rande des Sonderpädagogischen Kongresses. Dieser fand unter dem Motto „Respekt-Relevanz-Ressourcen“ vom 21. bis 23. April 2016 in Weimar statt. Die Bundesvorsitzende des Verbandes Sonderpädagogik e.V. (VdS), Dr. Angela Ehlers, konnte eine Vielzahl von Ehrengästen aus Politik und Bildung begrüßen. Besonderen Dank sprach sie Gisela Langer, der Landesvorsitzenden des VdS Thüringen, für die Organisation des Kongresses aus. Prof. Dr. Gérard Bless von der Universität Freiburg, Schweiz, griff in seinem Eröffnungsreferat das Kongressmotto auf und präsentierte wissenschaftliche Forschungsergebnisse über inklusive und nicht inklusive Bildung in der Schweiz und Deutschland. Später diskutierte er mit Dr. Angela Ehlers und Boris Pistorius, Innenminister von Niedersachsen, aktuelle bildungspolitische Themen. Der Kongress bot den Teilnehmern die Möglichkeit, in insgesamt 42 Seminaren und Workshops wissenschaftliche Forschungsergebnisse und gelungene Beispiele aus der Praxis vorzustellen und Erfahrungen auszutauschen. Die Schirmherrschaft übernahm der Thüringer Ministerpräsident; ein Grußwort überbrachte die Thüringer Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Brigitte Klaubert.



v.l.n.r.:
Busch, Ehlers, Klaubert, Langer

Ost-West-Angleichung und Mütterrente für Beamtinnen

„Wenn nur noch ‚Nerven‘ hilft, dann werden wir nerven“, versprach der Vorsitzende der dbb-bundesseniorenvertretung Wolfgang Speck mit Blick auf die nach 25 Jahren Rentenüberleitungsgesetz immer noch nicht erfolgte Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West. An der Hauptversammlung der dbb-Bundesseniorenvertretung im März 2016 nahmen auch die VBE-Delegierten Max Schindlbeck (stellvertretender Vorsitzender der dbb-bundesseniorenvertretung), Gerhard Kurze (stellvertretender VBE-Bundesseniorensprecher), Mathia Arent-Krüger (Vorsitzende der dbb-Landesseniorenvertretung NRW) und Helmut Deckert (Vorsitzender der dbb-Landesseniorenvertretung Hessen) teil. Die Übertragung der „Mütterrente“ auf alle Beamtinnen wurde als langfristiges Ziel einstimmig bestätigt. Als „längst überfällige Sozialleistung“ mahnten die Teilnehmer auch den weiteren Ausbau der Anerkennung von Erziehungs- und Pflegeleistungen im Rahmen der angekündigten „Lebensleistungsrente“ an.

Abschließend konnten die Teilnehmer die gerade fertiggestellten Dokumentenordner für den Notfall in Empfang nehmen. Er wird allen Seniorinnen und Senioren des dbb bundesweit angeboten und kann ab Mitte April über die dbb-Bundesseniorenvertretung zu einem Preis von 5 € bestellt werden.

www.dbb.de/td-senioren/artikel/jetzt-lieferbar-fuer-den-notfall-ein-dokumentenordner-fuer-jung-und-alt.html



v.l.n.r.: Kurze, Arent-Krüger,
Schindlbeck, Deckert

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE